

Theorie | 24.08.2017 (editiert am 29.03.2018)

Die Bedrohung des Kapitalismus durch die Kapitalisten

Von Hartmut Elsenhans

Steigende Masseneinkommen sind die Grundlage von Profit. Doch schon Kalecki hat gesehen, dass Unternehmer diesen für den Kapitalismus notwendigen Anstieg verhindern, sobald die Macht der Arbeitnehmer schwindet.

Spätestens seit der Finanzkrise 2007/2008 ist die Frage nach einem Umbau des derzeitigen kapitalistischen Systems zum Zweck seiner Aufrechterhaltung wieder hochaktuell. Das Ziel kann nur sein, eine Rückentwicklung zu einer stark hierarchisch geprägten Gesellschaft auszuschließen. Einer Gesellschaft, in der die Privilegierten in zunehmendem Maße ihre Einkommen auf der Grundlage politischer Macht erzielen und damit von Renten leben.

Dann besteht die Hoffnung, dass die politische Polarisierung der Gesellschaft eingedämmt werden kann. Und dass sich die Tendenz zur Steuerung der Wirtschaft über politische Allianzen, Seilschaften und Ränke statt über Wettbewerbsmärkte abbremsen lässt.

Dazu muss man den Marktmechanismus in den Bereichen fördern, in denen er wünschenswerte Ergebnisse herbeiführt und in den Bereichen, wo er keine solchen Ergebnisse erzielt, durch andere

Steuerungsmechanismen ersetzen oder ergänzen: So viel Markt wie möglich, so viel Plan wie nötig. Das muss angesichts der neuen Herausforderungen erneut diskutiert werden.

Die Grundlagen kapitalistischen Wachstums können verteidigt werden, wenn die Reallöhne steigen, dadurch Renten zurückgedrängt und Profite durch die Rentabilität von Nettoinvestitionen gestärkt werden.

Steigende Masseneinkommen als Grundlage von Profit

Steigende Masseneinkommen sind die Grundlage von Profit. Doch die Tendenz ist gegenläufig. Unternehmer betrachten niedrige Löhne als Grundlage des eigenen Reichtums, den sie als Profit interpretieren.

Zu unterscheiden ist dabei zwischen Profit (Unternehmereinkommen, die bei vollständiger Konkurrenz am Markt erzielt werden), Masseneinkommen (Löhne und direkt im Regelfall kollektiv von der öffentlichen Hand erstellte Leistungen zu Gunsten der breiten Masse der Lohnbezieher) und Renten (Lohneinkommen der Bessergestellten über den Stand hinaus, der sich durch hohe Arbeitsbelastungen oder hohe Ausbildungskosten ableiten ließe und Ausgaben der öffentlichen Hand zu ihren Gunsten). Konkrete Unternehmen erzielen Profite, je nach Unternehmen und wirtschaftlicher Lage aber auch Renten.

Der Zusammenhang zwischen Profit und steigenden Masseneinkommen lässt sich an einem vereinfachten Beispiel demonstrieren. Zur Vereinfachung der Beweisführung nehmen wir an, dass alle Haushalte ihre Arbeitseinkommen für Konsum ausgeben, die Privilegierten – auch Unternehmer und Manager der Privatwirtschaft – neben Profiten und Renten Arbeitseinkommen beziehen und der Staatssektor sowie der Außenhandel im Gleichgewicht sind.[1]

In dieser Vereinfachung können die Unternehmer der Konsumgüterproduktion ihre Güter nur dann mit Profit über ihren Kosten (Summe aller Kosten entlang der Produktionsketten: Vorprodukte, Lohnkosten, Ersatz verbrauchter oder veralteter

Ausrüstungsgüter) verkaufen, wenn es zusätzliche Arbeitseinkommen gibt, die in anderen Wirtschaftssektoren entstanden sind, ohne gleichzeitig von den Konsumgüterproduzenten bezahlt worden zu sein, wie das für Steuern gelten würde.

Infrage kommt bei meinen restriktiven Annahmen lediglich die heimische Investitionsgüterproduktion. In der Investitionsgüterproduktion steigen die Arbeitseinkommen, wenn die Produktion der Investitionsgüter rascher als die Abschreibung verbrauchter oder veralteter Investitionsgüter voranschreitet. Die Produzenten der Konsumgüterproduktion machen also einen Profit, weil mehr Arbeitseinkommen für den Kauf von Konsumgütern verwendet werden, als in der Konsumgüterproduktion inklusive ihrer Vorprodukte von den Unternehmen bezahlt wurden.

Die Investitionsgüterproduzenten verfügen im Allgemeinen über das Produktionswissen, das in der Konsumgüterproduktion angewandt wird, weil sie ohne solches Wissen keine innovativen Investitionsgüter herstellen könnten. Würden sie nicht Profite in vergleichbarer Höhe wie die Konsumgüterproduzenten machen, würden sie selbst in die Konsumgüterproduktion einsteigen. Die Konsumgüterproduzenten müssen ihnen deshalb Preise zubilligen, bei denen auch die Investitionsgüterproduzenten Gewinne machen. Die Bedingung für Profite ist dann eine Nettoproduktion von Investitionsgütern über den Abschreibungen.

Das folgende Gleichungssystem verdeutlicht diesen Zusammenhang und erklärt, warum ich zur Vereinfachung andere Elemente wie Exportüberschüsse, Sparen der Haushalte und Staatsdefizite ausgeblendet habe.

Definitionen

(1) Y= L + P

(2) Y= C + I-

Alle Konsumgüter werden von Lohneinkommen gekauft, also

(3) $C = L_c + L_i$

In der Konsumgüterproduktion sind als Einkommen entstanden

(4) $C = L_c + P_c$

Ebenso für die Investitionsgüterproduktion

$I = L_i + P_i$

Aus (3) und (4):

$L_i = P_c$

Aus (5) und (6)

(7) $I = P_c$ **+ plus** $P_i = P$

Die Profite erweisen sich als gleich hoch wie die Nettoinvestitionen. Profit ist nicht einfach das Einkommen, das die Unternehmen erhalten. Die Differenz zwischen ihren Kosten und Erlösen entsteht abhängig von ihren Ausgaben für Investitionen. Die Höhe des Profits stellt sich erst nach dem Verkauf der Waren unter vollständigem Wettbewerb auf dem Markt heraus.

Dies ist eine vereinfachende Zusammenfassung der Profittheorie von Michal Kalecki, die dieser 1942 vorgestellt hat.[2] Dass Ausgaben für Investitionen die Profite bestimmen und nicht umgekehrt, ist eine wesentliche Position der nichtmonetaristischen Keynesianer.[3] Daraus ergibt sich, dass Profit von steigenden Masseneinkommen abhängt, weil, wie oben angesprochen, der Profit erst beim Verkauf der Waren entsteht.

Masseneinkommen steigen mit der Arbeitsproduktivität

Diese Steigerung ist die Folge von Knappheit und des politischen Gewichts von Arbeit. Wenn Arbeit über Verhandlungsmacht verfügt, erfolgt die Steigerung der Masseneinkommen parallel zum durchschnittlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Und damit nicht unbedingt entsprechend der Arbeitsproduktivität in einer spezifischen Branche, sondern als gewogener Durchschnitt unterschiedlich qualifizierter Arbeit, deren Produktivität völlig unterschiedlich gestiegen sein mag. Der durchschnittliche Anstieg der Arbeitsproduktivität liegt also über dem der wenig qualifizierten Arbeit, deren Produktivität nicht gestiegen ist. Solche wenig qualifizierte Arbeit wird mit geringer Produktivitätssteigerung relativ teurer (Frisör gegen Flugzeugingenieur).

Nettoinvestitionen finden statt, wenn die Nachfrage steigt. Rosa Luxemburg[4] hat schon vor Keynes gezeigt, dass Unternehmer unter den Bedingungen vollständiger Konkurrenz nicht einfach ihre konsumtiven Einkommen/Ausgaben erhöhen können, weil sie sonst an Wettbewerbsfähigkeit verlören. Aus dem gleichen Grund können sie auch nicht die Steigerung der Einkommen der Mittelschichten über das Maß hinaus hinnehmen, das sich aus höheren Ausbildungskosten und höherer Arbeitsbelastung ergeben mag.

In meinem letzten Beitrag[5] habe ich gezeigt, dass neue Technologien dann eingeführt werden, wenn sie die Stückkosten senken.[6] Bei konstanten Reallöhnen und konstanter Produktion führen Innovationen nicht zur Steigerung der Summe der Einkommen, die nachfragewirksam ausgegeben werden. Erhöhte Verteilungsspielräume zugunsten der Unternehmer werden nur dann zur Nachfrage, wenn sie zur Finanzierung von Investitionen genutzt werden und dadurch, wie oben dargestellt, zu Profit führen.

Dies ist die Grundlage für die populäre Kritik an Rationalisierungen.

Die gesamten Konsumeinkommen können dann steigen, wenn die Produktion steigt, was wiederum entsprechende Nachfrage voraussetzt. Oder wenn aufgrund steigender Arbeitskosten bisher zu

teure Technologien wettbewerbsfähig werden.

Letzteres ist dann der Fall, wenn billigere Technologien vor allem aufgrund des Einsatzes weniger qualifizierter Arbeit zuvor wettbewerbsfähig waren, aber diese zuvor billige Arbeitskraft aufgrund der Steigerung der Reallöhne aller Beschäftigten (Tendenz zu Durchschnittslöhnen) so viel teurer wurden, dass mit weniger Arbeitskraft und mehr Kapital oder mit qualifizierterer, relativ weniger im Preis gestiegener Arbeitskraft billiger produziert werden kann (Defensivinvestitionen).

Kalecki aber hat gleichwohl gesehen, dass im Fall von Arbeitslosigkeit oder Machtzerfall von Arbeit die Unternehmer erfolgreich den für Kapitalismus notwendigen Anstieg der Masseneinkommen verhindern können. Dies war Gegenstand seines unmittelbar darauf folgenden Beitrags[7], auf den sich anschließend die Diskussion über den Keynesianismus orientierte. Viele der hier anzutreffenden Autoren,[8] haben das Problem der Sicherung einer ausreichenden Nachfrage unter dem Gesichtspunkt einer richtigen Wirtschaftspolitik und nicht der Klassenauseinandersetzungen behandelt,[9] kritisiert häufig durch die keynesianische Ikone Joan Robinson.[10]

Kontroverse um Geld- und Haushaltspolitik

An dieser Stelle geht es unter Bezug auf die Kontroverse zwischen dem Altliberalen Hayek[11] und Keynes um die Frage eines richtigen Einsatzes von Geldpolitik und Haushaltspolitik. Es lässt sich zeigen, dass eine ausreichende Nachfrage und damit auch der Profit dann gesichert werden kann, wenn Exportüberschüsse oder Haushaltsdefizite erzielt werden.

Flassbeck und Steinhardt haben mit Bezug auf eine Formulierung Günther Grunerts auf dieser Grundlage die Kaleckische Profittheorie wie folgt zusammengefasst:

> «Die Bruttogewinne nach Steuern sind umso höher, je höher die Bruttoinvestitionen, je größer das staatliche Haushaltsdefizit, je höher die Exportüberschüsse, je höher der Konsum der Kapitaleigner und je geringer die Ersparnisse der Arbeitnehmer sind.» [12]

Diese kompensierenden Elemente fehlen bei der ursprünglichen Formulierung von Kalecki. Das ist nicht zufällig. Bei Kalecki handelt es sich nicht um eine bloße Identität, sondern um den Ausgangspunkt einer theoretischen Demonstration der politischen Implikationen seiner Theorie: die Unternehmer sind mit ihren Ausgaben für Investitionen selbst verantwortlich für die Gesamtprofite und ihre eigene kollektive Rentabilität. Sie können die Krise nicht auf fehlende Profite zurückführen. Wenn die Unternehmer Arbeitseinkommen aus der Investitionsgüterproduktion schaffen, können sie die Konsumgüter mit Profit verkaufen.

Damit entfällt die Notwendigkeit, wirtschaftspolitisch die Unternehmer zu stützen. Es reicht, die Welt der Arbeit zu unterstützen. Die Gesamtheit der Profite der Unternehmer hängt nicht davon ab, wie viel die Arbeiter ihnen im Lohnkampf überlassen, sondern wie die Unternehmer auf den Lohnkampf reagieren – nämlich ob sie investieren oder in den Investitionsstreik gehen.

Damit bedrohen auch staatliche, Kosten verursachende Eingriffe in die Wirtschaft nicht die Höhe der insgesamt an die Unternehmer gehenden Profite. Aus der Ableitung von Profit aus getätigten Nettoinvestitionsausgaben folgt weiter, dass die Steigerung der Masseneinkommen Profite nicht gefährden kann.

Für die heutige Zeit ist auf einen weiteren wichtigen Aspekt zu verweisen: Auch Kosten verursachende umweltpolitische Auflagen in Bezug auf Produktionsverfahren oder komplementäre Maßnahmen zur Schadstoffvermeidung beeinträchtigen nicht die Summe der Profite,

die an die Unternehmer gehen. Sie können sogar zu einer Steigerung der Profite führen, wenn die Unternehmer angesichts solcher Regulierungen vermehrt investieren müssen.

Weil Produktionssteigerungen nicht ohne Investitionen möglich sind, sind solche Investitionen im alten Marx'schen Sinn „gesellschaftlich notwendig". Die für sie aufgewendeten finanziellen Mittel können nicht aus politischen Erwägungen dem Konsum der Arbeiter zugeführt werden, will man auf die Produktionssteigerungen, die mit ihnen erreicht werden sollen, nicht verzichten.

Das Kaleckische Modell leitet eine „Vetoposition der Investitionen" gegenüber Konsumsteigerungen ab. Dem steht reziprok allerdings keine Verpflichtung zu Investitionen bei Erhöhung der Verteilungsspielräume gegenüber.

Gegenüber der Kaleckischen Formulierung reduziert die von Flassbeck und Steinhardt das Problem auf eine technokratische Lösung der Stützung der Profiteinkommen der Unternehmer durch Beeinflussung der Nachfrage des Staats und des Rests der Welt. Dies spiegelt das Interesse an kurzfristigem Management konjunktureller Wechsellagen wider.

Wegen der Abhängigkeit vieler Keynesianer vom konjunkturpolitischen Beratungsprozess wurden allerdings die langfristigen Konsequenzen der von Flassbeck und Steinhardt angeführten kompensierenden Elemente wie Exportüberschüsse, Staatsdefizite und vermehrtem Sparen der Haushalte selten diskutiert.

Gefangene der Bessergestellten

Bei Makroskop sind sich alle darüber einig, dass dauerhafte Exportüberschüsse nicht nachhaltiges Wachstum sichern können, weil sie spiegelbildlich zu Defiziten des Rests der Welt stehen.

Dauerhafte Haushaltsdefizite führen zu Umverteilung zu Gunsten derer, die Finanzmarkttitel kaufen können. Erfahrungsgemäß haben sie eine hohe Sparquote, so dass die Konjunktur immer mehr von der Verschuldungsbereitschaft der öffentlichen Hand abhängig wird. Das bedeutet: Kompensierende Maßnahmen gegen eine unzureichende Steigerung der Masseneinkommen – wie hohe Staatsdefizite – sind kurzfristig wirksam, können aber langfristig zu einer Verschärfung der unzureichenden Nachfrage führen.

Nachfrage aus hohen Einkommen kann eher dann erwartet werden, wenn die Bezieher solch hoher Einkommen diese als sicher erachten. Die staatliche Einkommenspolitik wird damit zum Gefangenen der Bessergestellten, wie dies in der Kritik der US-Notenbankpolitik unter Greenspan (1987-2006) häufig vorgebracht wurde.

Genau ein solches Ausweichen war auch in den dreißiger Jahren zu beobachten. Die Bessergestellten kompensierten die zurückbleibende Massennachfrage zunächst durch Bauten und Erhöhung ihres Konsums an dauerhaften Konsumgütern, dann durch Aktienspekulation ab 1926. Und sie fuhren ihren Konsum drastisch zurück, als der Aktienmarkt einbrach und in diesem Zusammenhang der Regierung ab 1929 nicht mehr die Stabilisierung des Finanzmarkts gelungen war.[13]

---

[1] Damit wird nicht behauptet, dass die Wirtschaft zu neoklassischen Gleichgewichtszuständen tendiert. Die Gefährdung von Gleichgewichtszuständen kann aber am besten dadurch dargestellt werden, dass die Widersprüche in den Beziehungen zwischen den Elementen, von denen behauptet wird, sie führten zu Gleichgewicht, analysiert werden. Das Vorgehen besteht darin, aufzuzeigen, dass die für das Gleichgewicht implizierten Größen und Veränderungen sich anders als bei der Ableitung von solchen Gleichgewichten verhalten.

[2] Kalecki, Michal: „A Theory of Profits", in: *Economic Journal*, 52, 206-207 (Juli-September 1942): 258-267.

[3] Robinson, Joan Violet: *Collected Economic Papers* (Oxford: Basil Blackwell, 1951): 55-58.

[4] Luxemburg, Rosa: *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus [1912]* (Berlin: Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, 1923): 88-92, 97, 116.

[5] Elsenhans, Hartmut: „Arbeitswert oder Marktpreis", in: *Makroskop* (8. Oktober 2016).

[6] Bortkiewicz, Ladislaus von: „Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System (3)", in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 25, 2 (1907): 456-457.

[7] Kalecki, Michal: „Political Aspects of Full Employment", in: *Political Quarterly*, 14, 4 (1943): 322-331.

[8] Harrod, Roy Forbes: *Economic Essays* (London: Macmillan, 1952): 254-260. Hicks, John: *Money, Interest and Wages. Collected Essays on Economic Theory* (Oxford: Basil Blackwell, 1982): 36ff.

[9] Hamouda, Omar F.: *Money, Investment and Consumption. Keynes's Macroeconomics Rethought* (Cheltenham and Northampton: Elgar, 2009): 5, 12.

[10] Robinson, Joan Violet: *Die Akkumulation des Kapitals* (Wien: Europa-Verlag, 1958): 447ff.

[11] Hayek, Friedrich August von: *The Pure Theory of Capital* (Chicago, Ill.: University of Chicago Press, 1941): 34ff.

[12] Flassbeck, Heiner; Steinhardt, Paul: „Die Gedankenspiele der Ökonomen und ihre reale Bedeutung (Teil 1)", in: *Makroskop* (Januar 2016), <http://https://makroskop.eu/2016/01/die-gedankenspiele-der-oekonomen-und-ihre-reale-bedeutung-teil-1/> (29/06/2017).

[13] Elsenhans, Hartmut: *Kapitalismus global. Aufstieg – Grenzen – Risiken* (Stuttgart et al.: Kohlhammer, Juni 2012): 154-158.

Weitere Teile dieser Serie

Sie sind hier: Die Bedrohung des Kapitalismus durch die Kapitalisten

Die Rückkehr des Rentiers?

Warum Kapitalisten nicht einfach Rentiers bleiben

Das Ende des „reifen" Kapitalismus

Globalisierung der Rente oder des Profits?

Neue weltpolitische Solidaritäten

Globalisierung intelligent nutzen